

Horrorszenario: 1 Euro = 1 Franken

Starker Franken treibt immer mehr Industriefirmen in den Konkurs oder ins Ausland – Swissmem-Präsident kritisiert Passivität des Bundes

Die Exportindustrie befürchtet, dass der Euro weiter abstürzt. 150 000 Stellen und Tausende Firmen sind akut gefährdet.

VON PETER BURKHARDT

Einer der höchsten Wirtschaftsführer der Schweiz warnt vor der Entindustrialisierung des Landes: «Nach dem Senkrechtsturz des Euro-Wechselkurses in den letzten acht Wochen bin ich in höchstem Mass alarmiert», sagt Hans Hess, Präsident des gewichtigen Maschinenbauverbands Swissmem und Vizepräsident des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse.

Die Hälfte der Swissmem-Mitglieder überlege sich die Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland, ein Drittel der Industriefirmen schreibe wegen der Frankenstärke Verluste, viele hätten nicht mehr die Mittel für Investitionen. Hess: «Es herrscht höchste Alarmstimmung. Mit jedem weiteren Rappen, den der Franken an Stärke hinzugewinnt, wird es dramatischer.»

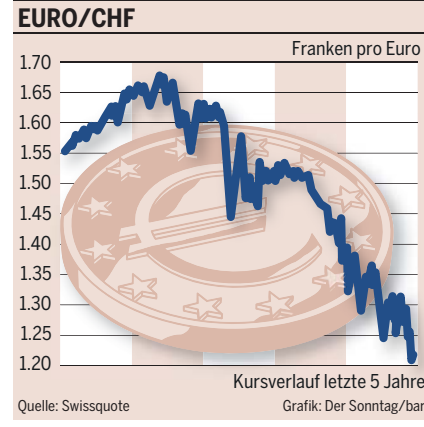
Erstmals schliesst nun Hess eine Euro-Franken-Parität nicht mehr aus. «Das ist ein Horrorszenario, aber leider ist es nicht völlig unrealistisch. Solange die Europäische Union das Verschuldungsproblem ihrer Länder nicht löst, gibt es nur eine Richtung: eine weitere Stärkung des Frankens zum Euro.»

MIT DIESER ANGST ist Hess nicht allein. Dass der Franken gleich viel Wert haben könnte wie der Euro, befürchtet auch Peter Widmer, Präsident des Verbandes Swiss Export, der mehrere hundert mittelständische Exportfirmen vertritt. «Die Parität ist ein realistisches Szenario. Angesichts der Überschuldung des Euro-Raums und der starken Anziehungskraft des Frankens spricht alles dafür, dass der Euro weiter an Wert verliert.»

Einen 1:1-Wechselkurs halten zunehmend auch die Branchenexperten für möglich, darunter die Waadtländer Kantonalbank, die britische Standard Bank und Bridport in Genf, einer der grössten Anleihenhändler Europas. «Die Chance für eine Parität ist grösser als 50 Prozent», sagt Bridport-Vertreter Jens Wei-

denbach. Die Konjunkturforschungsstelle BAK Basel schliesst die Parität ebenfalls nicht aus, sofern sich die Euro-Schuldenkrise ausweiten sollte.

Ein 1:1-Wechselkurs würde bedeuten, dass noch viel mehr Unternehmen in die Verlustzone geraten. Sehr viele Mitglieder rechneten als Worst-Case-Szenario damit, sagt Swiss-Export-Präsident Widmer. «Das ist an jedem Firmenanlass und in jedem Gespräch eines Unternehmers mit seiner Bank ein Thema.»



Kommt es wirklich zur Parität, rechnet Widmer mit der Abwanderung von 2000 bis 3000 Exportfirmen ins Ausland. «Geht man von einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 50 aus, würde das für die Schweiz den Verlust von 100 000 bis 150 000 Arbeitsplätzen bedeuten.» Das wäre fast eine Verdoppelung der heutigen Arbeitslosenzahl.

Kleinstbetriebe könnten ihre Produktion jedoch nur schwer ins Ausland verlegen, sagt Widmer. Ihnen bleibe deshalb nur der Verkauf, die Schliessung oder der Konkurs. «Von den rund 80 000 kleinen und mittelgrossen Firmen werden bei einer Euro-Franken-Parität etwa 10 Prozent untergehen.» Betroffen wären also schätzungsweise 8000 Firmen.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse warnt nun diese Woche vor der «Deindustrialisierung» der Schweiz. Vizepräsident Hans Hess sagt: «Wenn das noch lange so weitergeht, dann wird ein Teil der Firmen untergehen und ein Teil ins Ausland abwandern. Das erinnert mich an die Neunzigerjahre, wo von vielen einst stolzen Industriefirmen nur noch Industriebrachen zurückblieben.»

Hess kritisiert die Passivität des Bundes angesichts der akuten Bedrohung. «Ich habe manchmal das Gefühl, dass der Bundesrat, die Chefbeamten und die Politiker im Bundeshaus meinen Warnungen zwar zuhören, dann aber zur Tagesordnung respektive zum Wahlkampf übergehen.»

NUN MÜSSE DER BUND der Industrie mit einem kurzfristig wirkenden Massnahmenpaket unter die Arme greifen, fordert Hess. So solle der Bundesrat die Importeure öffentlich unter Druck setzen, damit diese den Währungsvorteil endlich weitergeben. Zudem müsse der Bund rasch zusätzliche Mittel für den Technologietransfer von den Hochschulen in die Unternehmen bereitstellen. Das würde es den Firmen innert weniger Monate erlauben, neue Produkte zu entwickeln, die nicht dem Preisdruck aus dem Euroraum unterliegen.

Peter Widmer von Swiss Export geht einen Schritt weiter. Er verlangt einen vorübergehenden Steuerrabatt für Exportfirmen, solange der Euro unter Fr. 1.25 liegt. > KOMMENTAR SEITE 15

Ausländer flüchten in den sicheren Hafen der grossen Schweizer Immobilien

Die Immobiliengesellschaften SPS, PSP und Mobimo ziehen ausländische Investoren an, die sich gegen den Euro absichern wollen

VON YVES DEMUTH

«Sobald jeweils neue Meldungen zu Griechenland publiziert werden, häufen sich bei uns die Nachfragen nach Investitionsmöglichkeiten in der Schweiz, besonders im Immobiliensektor», sagt Robert Woerdeman, Analyst bei der auf Immobilien spezialisierten Investmentbank Kempen in Amsterdam.

GETRIEBEN VON den Unsicherheiten in der Eurozone seien grosse Geldflüsse in börsenkotierte Schweizer Immobiliengesellschaften ausgelöst worden. «Die Anleger aus dem Euroraum wetten dabei auf einen Anstieg des Schweizer Frankens.» Das Engagement sei im Sinne einer Safe-Haven-Politik meist kurzfristiger Natur, weshalb grosse Immobiliengesellschaften wie PSP, SPS oder Mobimo bevorzugt würden, da deren Titel liquide seien, so Woerdeman.

Dass ausländische Investoren in den vergangenen Wochen die Aktien dieser drei Immobilienfirmen stark nachgefragt haben, beobachtete auch Vontobel-Analyst Stefan Schuermann. An der Kursentwicklung sei dies unschwer zu erkennen (siehe Grafik). Ein weiterer Beleg für die Flucht in die Schweizer Immobiliengesellschaften ist laut Schuermann, dass die Kurse der drei grossen Gesellschaften deutlich stärker gestiegen sind als jene der Konkurrenten Intershop oder Allreal, die für ausländische Investoren eine zu geringe Marktkapitalisierung aufweisen würden.

«Generell steigt das Interesse an PSP», bestätigt auch PSP-Finanzchef Giacomo Balzarini. Für ausländische Investoren, die ein starkes Franken-Engagement suchten, seien Immobilienfirmen wie PSP ideal, weil sie 100 Prozent des Umsatzes in der Schweiz in

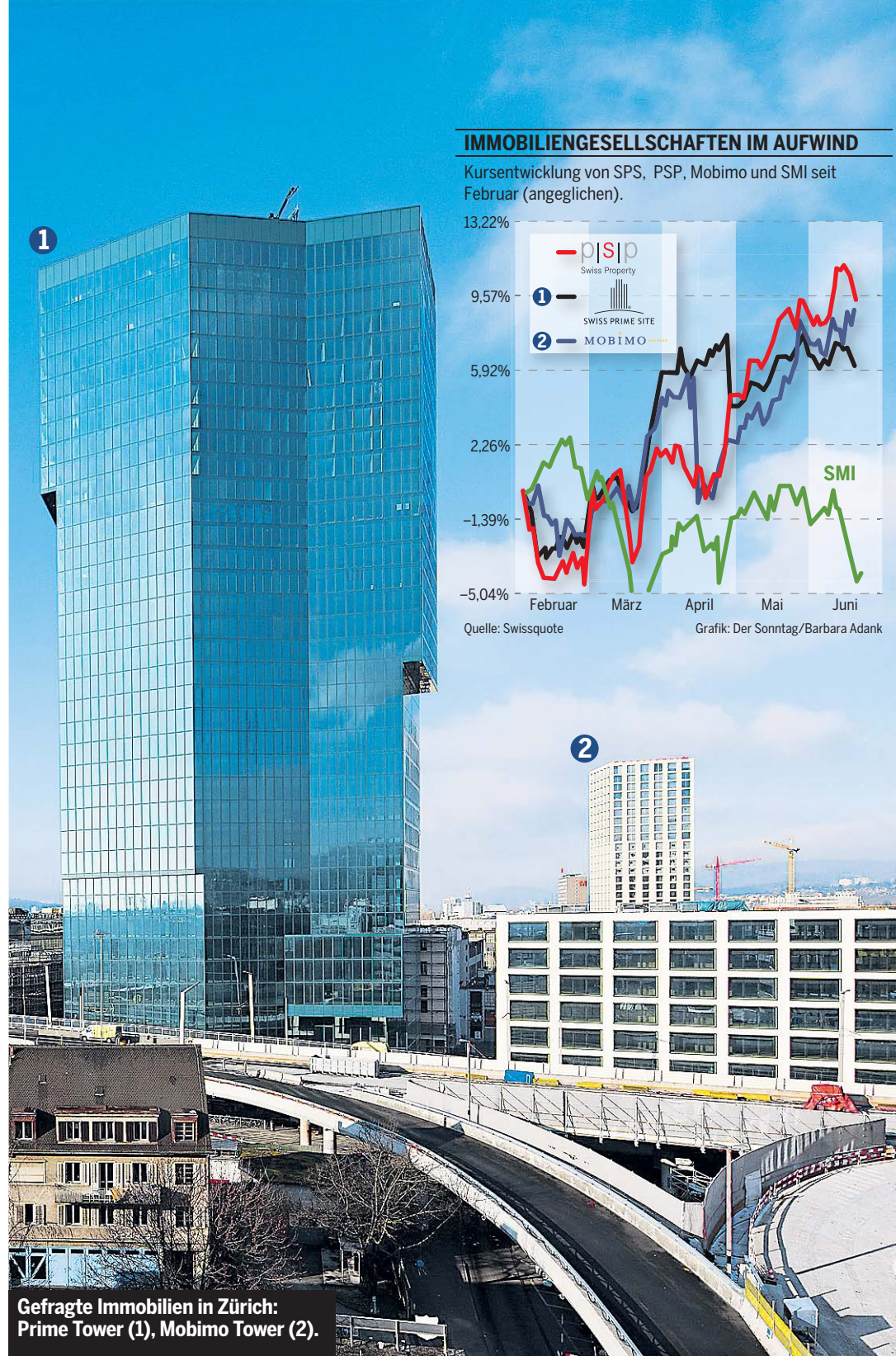
Franken machten. In der Tat sind etwa Aktien von Nestlé, Novartis oder Swatch für Safe-Haven-Anleger wesentlich weniger interessant, da diese den Hauptteil des Umsatzes in Fremdwährungen im Ausland erwirtschaften.

Mehr Investoren-Anfragen als in den Vorjahren hat PSP indes nicht verzeichnet, was Balzarini darauf zurückführt, dass die Firma bereits in den letzten fünf Jahren zahlreiche ausländische Investoren gewinnen konnte.

Ähnlich lautet die Einschätzung von Peter Wullschleger, Finanzchef der Prime-Tower-Besitzerin SPS. Seit die Währungsturbulenzen eingesetzt hätten, sei zudem das Interesse von Ausländern an Schweizer Geschäftsliegenschaften stark gestiegen. «Diverse Family Offices und Privatinvestoren wollen an Top-Lagen in Zürich und Genf investieren, was die Preise in die Höhe treibt.» Dadurch heizen die ausländischen Direktinvestoren die Geschäftsimmobilienspreise an Toplagen weiter an.

MOBIMO-CHEF Christoph Caviezel sagt, dass der Anteil ausländischer Anleger in den vergangenen zwölf Monaten von fast 0 auf «über 10 Prozent» gestiegen sei. Das Interesse, Mobimo kennen zu lernen und danach in die Gesellschaft zu investieren, habe sich seit Anfang 2011 deutlich erhöht.

Das Unternehmen, das den Mobimo Tower vermietet, hat sich in der Vergangenheit verstärkt um ausländische Anleger bemüht. Portfolio, Wachstumspotenzial, die Dividendenrendite sowie eine grosse Marktkapitalisierung machen Mobimo laut Caviezel attraktiv. Doch erst der starke Franken habe «den Rest der Welt» auf Mobimo aufmerksam gemacht.



Gefragte Immobilien in Zürich: Prime Tower (1), Mobimo Tower (2).

Deutsche Verlage boykottieren Ex Libris

25 000 E-Books auf Exlibris.ch seit Freitag gesperrt

WER SEIT VORGESTERN versucht, auf Exlibris.ch ein E-Book zu kaufen, wird enttäuscht. Anstatt einer Auswahl elektronischer Bücher erscheint eine Meldung mit dem Titel: «Ex Libris wird bei E-Book-Aktion von deutschem Verlag und deutschem Lieferanten boykottiert.»

Was ist geschehen? «Wir haben am 1. Juni im Rahmen einer Download-Aktion 30 Prozent Rabatt auf alle E-Books gewährt», sagt Ex-Libris-Sprecher Roger Huber. Man habe damit auf das E-Book-Angebot aufmerksam machen und den Markt nicht einfach den ausländischen Anbietern überlassen wollen. Doch das passt den deutschen Verlagsgruppen Random House (C. Bertelsmann, Goldmann, Heyne u. a.) und Holtzbrinck (S. Fischer, Rowohlt u. a.), welche Ex Libris mit E-Books beliefern, überhaupt nicht: «Wir werden seit dieser Woche boykottiert und können überhaupt keine E-Books mehr anbieten, auch nicht zum Normalpreis», sagt Huber. Betroffen sind 25 000 Titel.

EX LIBRIS SIEHT DAS ÜBEL in der Buchpreisbindung in Deutschland. Sie schreibt jedem Verkäufer vor, wie teuer ein Buch oder ein E-Book sein muss. «Deshalb werden E-Books im deutschsprachigen Raum kaum verkauft», sagt Huber. In der Schweiz gibt es hingegen seit vier Jahren keine Buchpreisbindung mehr. Doch wurden die Verträge mit den deutschen Lieferanten noch unter dem Regime der Buchpreisbindung abgeschlossen. «Diese sind heute nicht mehr marktconform», so Huber. «Trotzdem versuchen die deutschen Verlage, die Schweizer Kunden mit überhöhten Preisen abzukassieren.» Man prüfe nun eine Anzeige bei der eidgenössischen Wettbewerbskommission und werde auch mit dem Preisüberwacher das Gespräch suchen.

Bereits jetzt kämpft Ex Libris auf politischer Ebene. Denn Mitte März hat das Parlament die Wiedereinführung der Buchpreisbindung beschlossen, worauf die jungen FDP und SVP das Referendum ergriffen – mit Unterstützung von Ex Libris. Am 7. Juli läuft die Eingabefrist ab. Doch bereits jetzt wurden mehr als 53 000 Unterschriften gesammelt. Nötig sind 50 000. BENJAMIN WEINMANN